

## **A b ä n d e r u n g s a n t r a g**

der Abgeordneten Ernst Gödl, Verena Nussbaum, Johannes Gasser  
und Kolleginnen und Kollegen

zum Antrag 473/A betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Pensionsgesetz 1965, das Bundestheaterpensionsgesetz und das Bundesbahn-Pensionsgesetz geändert werden (Pensionsanpassungsgesetz 2026 - PAG 2026)

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales wolle beschließen:

Der eingangs bezeichnete Gesetzesantrag wird wie folgt geändert:

**I. Art. 1 (Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes) wird wie folgt geändert:**

*Dem § 814 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:*

„Auf den so ermittelten Erhöhungsbetrag ist § 108h Abs. 1a erster Satz entsprechend anzuwenden.“

**II. Art. 2 (Änderung des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes) wird wie folgt geändert:**

*Dem § 421 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:*



„Auf den so ermittelten Erhöhungsbetrag ist § 50 Abs. 1a erster Satz entsprechend anzuwenden.“


**III. Art. 3 (Änderung des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes) wird wie folgt geändert:**

*Dem § 416 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:*

„Auf den so ermittelten Erhöhungsbetrag ist § 46 Abs. 1a erster Satz entsprechend anzuwenden.“

  
(GASSER)

  
(NUSSBAUM)  
  
(GÖDL)

  
(GÖDL)

**Begründung**

Es soll klargestellt werden, dass die Bestimmung des § 108h Abs. 1a ASVG (bzw. Parallelrecht) über die erstmalige Anpassung von Pensionsleistungen auch für das Jahr 2026 anzuwenden ist. Dabei ist von jenen Erhöhungsbeträgen auszugehen, die sich aus der Anpassung für das Jahr 2026 ergeben.